

Thorn er Presse.



Abonnementspreis

für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig, in der Expedition und den Ausgabestellen 1,50 Mk. vierteljährlich, 50 Pf. monatlich; für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.

Ausgabe

täglich abends mit Ausfluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinen- u. Friedrichstr.-Ecke.

Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis

für die Beilagspaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn, Katharinen- u. Friedrichstr.-Ecke, Annoncen-Expedition „Invalidenthron“ in Berlin, Haafenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen andern Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächste Ausgabe der Zeitung bis 2 Uhr nachmittags.

N^o. 27.

Mittwoch den 2. Februar 1898.

XVI. Jahrg.

Ergebnisse des Invaliditäts- und Altersversicherungs-gesetzes.

Nach der im Reichsversicherungsamte gefertigten Zusammenstellung, welche auf den Mittheilungen der Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruht, betrug die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes von den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten bis zum 31. Dsbr. 1896 221 115, bis zum 31. März 1897 238 531, bis zum 30. Juni 1897 258 742, bis zum 30. September 1897 277 859 und bis zum 31. Dezember 1897 296 452; davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen: Bis zum 31. Dezember 1896 59 445, bis zum 31. März 1897 65 899, bis zum 30. Juni 1897 72 807, bis zum 30. September 1897 79 005 und bis zum 31. Dezember 1897 85 593, sodaß am 1. Januar 1897 161 670, am 1. April 1897 172 632, am 1. Juli 1897 185 935, am 1. Oktober 1897 198 854 und am 1. Januar 1898 210 859 Invalidenrenten liefen.

Die Zahl der bewilligten Altersrenten betrug bis zum 31. Dezember 1896 295 705, bis zum 31. März 1897 301 945, bis zum 30. Juni 1897 307 487, bis zum 30. Septbr. 1897 312 708 und bis zum 31. Dezember 1897 318 409; davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen bis zum 31. Dezember 1896 91 750, bis zum 31. März 1897 97 747, bis zum 30. Juni 1897 103 828, bis zum 30. September 1897 108 798 und bis zum 31. Dezember 1897 114 765, sodaß am 1. Januar 1897 203 955, am 1. April 1897 204 198, am 1. Juli 1897 203 659, am 1. Oktober 1897 203 910 und am 1. Januar 1898 203 644 Altersrenten liefen.

Beitragsersparungen sind bewilligt bis zum 31. Dezember 1896 an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 72 663 und an die Hinterbliebe-

nen von Versicherten 18 952, zusammen 90 615, bis zum 31. März 1897 92 706 und 24 540, zusammen 117 246, bis zum 30. Juni 1897 117 621 und 30 560, zusammen 148 181, bis zum 30. September 1897 140 972 und 36 253, zusammen 177 225 und bis zum 31. Dezember 1897 171 392 und 41 591, zusammen 212 983 Beitragsersparungen.

Hiernach ist in der Zahl der laufenden Invalidenrenten, welche seit dem 1. Januar 1898 zum ersten Male die Zahl der laufenden Altersrenten überschritten haben, während des Jahres 1897 eine ziemlich gleichmäßige erhebliche Steigerung eingetreten, während bezüglich der laufenden Altersrenten der Beharrungszustand erreicht zu sein scheint. Bei den bewilligten Beitragsersparungen läßt sich nur eine langsame Steigerung erkennen.

Zur Dreyfus-Affaire.

Zur Dreyfus-Sache ist beachtenswerth, daß die Hauptvertreterin des jüdischen Syndikats in Deutschland, die „Frankf. Ztg.“, eine Art Rückzug antritt. Das Blatt läßt sich melden: „Stuttgart, 29. Januar. In einem Berliner Briefe des „Beobachter“ wird eine neue Version zur Affaire Dreyfus mitgetheilt. Dreyfus habe thatsächlich mit Deutschland nicht die geringste Fühlung gehabt, aber er habe in bester Absicht dem verbündeten Rußland mitgetheilt, daß die militärische Stärke Frankreichs dem nicht entspreche, was nach Petersburg gemeldet wurde. Vor allem habe er die durch die Bewaffnung der deutschen Artillerie erwachsene Ueberlegenheit Deutschlands mittheilen können. Dreyfus habe mit seinen Mittheilungen beabsichtigt, durch Rußland einen Druck auf Frankreich auszuüben, zunächst aber erwirkt, daß man in Petersburg mißtrauisch geworden sei und daß Mohrenheim abberufen wurde. Die französische Regierung aber wolle sich heute nicht dazu bequemen, einzugehen, daß Frankreichs Schwäche und ihre eigene Unfähigkeit an den besten Freund verrathen worden sei.“ Die Juden scheinen zu merken, daß sie mit der „Unschuld“ ihres Glaubensgenossen doch nicht mehr durchkommen.

Die von anderer Seite schon lange ausgesprochene Vermuthung, daß der eigentliche Kern der Dreyfus-Sache eine russische Spionagegeschichte sei, erhält Nahrung durch einen Artikel der Petersburger „Nowosti“, in dem auch erklärt wird, daß die Revision des Dreyfus-Prozesses nach der Aussage des deutschen Staatssekretärs v. Bülow unvermeidlich geworden sei, es sei denn, daß das französische Ministerium erklärt, das Gerücht habe eine andere Macht als Deutschland im Auge gehabt.

Zola hat erklärt, er übernehme die Vertheidigung von Dreyfus nur, weil er hoffe, daß der Roman, an dem er jetzt arbeite und in dem er einige Episoden aus dem Dreyfus-Prozess hineinweben wolle, viel gekauft werde. Die Großthat Zolas, welche die jüdische Presse in seinem Auftreten gegen die französische Regierung erblickt, ist also, wenn nicht auf den allmächtigen jüdischen Einfluß, dann auf Reklamejucht zurückzuführen. Vielleicht trifft auch beides zu.

50 Professoren der Brüsseler Universität haben an Zola eine Sympathie Kundgebung gerichtet. Welche rührende Theilnahme an einer innerpolitischen Angelegenheit Frankreichs! Aus Paris wird dagegen wieder gemeldet, daß sich bei Gelegenheit des Festes zu Ehren Karls des Großen einige hundert Gymnasiasten nachmittags hinter der Madeleine-Kirche zusammenscharten, um gegen Zola eine Kundgebung zu veranstalten. Sie wurden von der Polizei zerstreut. Ungefähr dreißig wurden verhaftet, weil sie sich weigerten, weiterzugehen.

Bordeaux, 31. Januar. Gestern hielt hier Millevohe eine gegen die Dreyfus-Affaire gerichtete Versammlung ab; er setzte die allgemeine Weltlage auseinander und wandte sich heftig gegen die Juden. Die Dazwischenkunft von Anarchisten und Sozialisten rief einen gewaltigen Tumult hervor. Ein Anarchist wurde blutüberströmt hinausgeworfen. Der Kommissar hob die Versammlung auf.

Politische Tageschau.

Dem Bernehmen der halbamtlichen „Berl. Pol. Nachr.“ nach soll es in der Absicht der

hängen Fragen ihrer Seele, die Gott ihr gesendet, das die Lösung aller Wirren?

Höher und höher steigt die Flut. Eine haushohe Welle prallt gegen das Thor, wirft es nieder und brandet, sie mit Schaum überziehend, an der Gartenbank, an der sie sich stützend gehalten, und hebt dieselbe hoch empor.

Ein furchtbares Aufgeföhl erfaßt sie, ihr wird kalt bis ins Herz hinein. Eine neue Welle stürzt auf sie zu und zieht sie rückwärts. Sie fühlt, daß sie den Boden verliert — sinkt —

„Edith, Edith!“ hört sie sich noch wie im Traume rufen. — Das eijige Wasser umfaßt, erstarrt sie, — ihre Sinne schwinden.

Sie fühlt es nicht mehr, wie zwei kräftige Arme sie umfassen, wie sie emporgehoben und durch Sturm und Wellendrang fortgetragen wird. —

Drinnen im Hause rennt alles verstört durcheinander. Der Spieltisch ist umgeworfen, die Karten liegen zerstreut auf dem Boden. Im Korridor drängen sich die Gäste. Man ruft nach den Kutschern, bestellt die Wagen, sucht fieberhaft nach der Garderobe. — Alle erfüllt nur ein Gedanke, aus der Gefahr hinaus, sich in Sicherheit zu bringen. — Dazwischen donnern die Wogen an das leicht gebaute, unter ihrem Anprall erzitternde Holzhaus. Ihr Gebraus mischt sich mit dem kreischenden Angstgeschrei der Damen, den laute Befehle ertheilenden Stimmen der Männer. Auch Alexander Tornik hat schon seinen Wagen befohlen und steht in Hut und Mantel zum Abfahren bereit da. Der sonst im Bewußtsein seiner Bedeutung so geräuschvoll heitere Mann ist ganz still und bleich, die Todesfurcht steht ihm auf dem Gesicht geschrieben. Und warum sollte er auch das

Regierung liegen, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe für einzelne Gewerbezweige, ohne das Wesen der Sonntagsruhe selbst zu berühren, Änderungen zu unterziehen. Die zu diesem Behufe eingeleiteten und auf Erfahrungen in der Praxis zurückzuführenden Arbeiten sollen so weit gefördert sein, daß ihr Abschluß schon in einer nahen Zeit herbeigeführt werden könnte.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ hört: Dem Bundesrathe ging nunmehr ein Gesekentwurf zu, wodurch die in Aussicht gestellten Änderungen über das Postwesen im Gebiete des deutschen Reiches eingeführt werden sollen.

Wie bereits mitgetheilt, wird die aus englischer Quelle stammende Nachricht von der Ermordung einer deutschen Patrouille bei Tsimo an der Kiaotschau bucht als erfunden bezeichnet, der Tod des Matrosen Schulze steht dagegen leider fest. Nähere Mittheilungen über die Art der Genußthuung, die Deutschland für diese neue Mißthat der Chinesen fordert, liegen noch nicht vor, sind aber in nächster Zeit zu erwarten. Dies kann aber als sicher angenommen werden, daß es sich hier nur um das Verbrechen einzelner Personen handeln kann. Das Groß der Bevölkerung steht den Landungstruppen freundlich entgegen, das erhärtet folgende, aus französischer Quelle stammende Nachricht: Marseille, 30. Jan. Die mit dem letzten Postdampfer hier eingetroffenen Zeitungen aus Tongking melden, daß der deutsche Dampfer „Gongmoon“, Kapitän Schulz, von der chinesischen Küstenfahrtgesellschaft am 24. November in Kiaotschau mit Depeschen für das deutsche Geschwader, sowie Vorräthen für die Schiffe und die Truppen angekommen sei. Der Dampfer fand dort alles vollkommen ruhig. Zwischen Deutschen und Chinesen herrschte die aufrichtigste Harmonie. Die deutschen Offiziere machten mit schwachen Patrouillen mehrere Streifzüge im Innern des Landes; sie wurden überall aufs beste von der Bevölkerung aufgenommen, der sie anempfahlen, sich nicht zu beunruhigen, und die Versicherung gaben, daß sie nichts zu befürchten hätten, so

Leben nicht lieben, den Tod nicht fürchten? Er, der alles besitzt, was ihm die Tage in Glanz und Schimmer kleiden kann, der eben im Begriff ist, ein neues Glück an sich zu fesseln?

In seiner Aufregung hat er beinahe der Neuverlobten vergessen. Jetzt jedoch, da die Abfahrt naht, fällt ihm ihre Abwesenheit auf. „Wo ist Edith?“ fragt er den neben ihm stehenden, gleichfalls zum Verlassen des Hauses gerüsteten Hausherrn; denn auch dieser hat seinen Wagen bestellt, um der Einladung Torniks zu folgen und mit seiner Familie Schus in dessen auf der Höhe von Neu-Peterhof gelegenen, gegen jede Wassergefahr geschützten Datsche zu suchen.

Schon sind die Kinder oben in den Schlafzimmern geweckt und müssen jeden Augenblick herunterkommen.

„Ja, wo ist Edith?“ wendet auch Boris Gorski sich fragend nach seiner Frau hin, die eben mit dem Einpacken einiger Kostbarkeiten beschäftigt ist.

Dora wendet den beiden Herren ein bleiches, verstörtes Gesicht zu.

„Wir suchten sie bisher vergebens. Sie war in den Garten gegangen. Wenn sie verunglückt wäre!“

„Warum gleich verunglückt?“ erwidert Boris Gorski verdrossen. „Schlimm genug, daß sie es liebt, sich immer von uns abzusondern. Ist sie im Garten gewesen, so hat sie wahrscheinlich früher als wir die Gefahr bemerkt und sich in Sicherheit gebracht.“

„Das warte Gott!“ sagt Dora, ohne jedoch innerlich beruhigt zu sein.

Nun poltern die Knaben, in Mänteln und Kapuzen gehüllt, die Treppe herunter. „Und Doktor Ollendorf?“ fragt Boris Gorski, sich nach dem Hauslehrer umblickend.

Sturmflut.

Novelle von Clarissa Lohde.

(Nachdruck verboten.)

(3. Fortsetzung.)

Dora schüttelt immer noch den Kopf. Was hilft aber das Gegenreden, wo eine gänzliche Unmöglichkeit des Verstehens vorhanden? Eine Madame Affanowitsch wird eine feinsühlende Natur wie die Ediths nie begreifen, nie in ihr Empfinden eindringen können. Nun einmal Ediths Verlobung mit Tornik öffentlich verkündet, ist Dora ganz sicher, daß nichts Unpassendes von Seite der Braut geschehen wird. Eine andere Sorge jedoch bewegt sie, die Sorge um Ediths zarte Gesundheit, welche durch die Seelenkämpfe der letzten Tage mehr als ersprießlich angegriffen worden ist. Könnte sie sehen, wie Edith jetzt von krampfhaftem Schluchzen erschüttert, ein Bild der Verzweiflung, im Sopha lehnt, wie ihre Brust angstvoll nach Athem ringt, sie wäre eilends zu ihr zurückgekehrt. So aber meint sie klug zu handeln, wenn sie möglichst heiter erscheint, scherzt und lacht, wie die andern alle. Immer wieder werden die Gläser auf das Wohl der Neuverlobten geleert. Das laute Stimmengewirr, aus dem das grelle Organ von Alexander Tornik hervortönt, bringt bis zu den Ohren Ediths, schenkt sie von ihrem Sitze empor. Nur fort, fort aus dem Bereich dieser Stimmen, dieser Lustigkeit, die für sie das Grab ihrer Hoffnungen, alles irdischen Glückes bedeutet! Ihr ist, als müsse sie ersticken. Wanfenden Schrittes verläßt sie den halbdunklen Raum, eilt den Korridor entlang bis zur Seitenthür, die in den Garten führt. Ein heftiger Sturmwind prallt gegen sie an, reißt ihr die Thür fast aus der Hand; sie achtet dessen

Beilage zu Nr. 27 der „Thorner Presse“.

Mittwoch den 2. Februar 1898.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung am 31. Januar 1898. 11 Uhr.

Das Haus setzte heute die zweite Verathung des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung beim Titel „Ministergehalt“ fort. Abg. Schroeder (Kole) hätte die einzelnen Dispositionsfonds gern noch verstärkt gesehen und will die kleinen Mittel zur Hebung der Landwirthschaft nicht vernachlässigt wissen. Abg. Reimnitz (natlib.) plaidirt für Herabsetzung oder Aufhebung des Maissolles im Interesse der kleinen Viehzüchter. Abg. Graf v. Schwerin-Löwitz (kons.) führt aus, daß die Zentralnotirungsstelle der Landwirthschaftskammern bereit sei, bei ihren Preisfeststellungen den Händlern entgegenzukommen, und deren anfängliches Mißtrauen besiegen werde. Die ruhige Entwicklung, welche in Deutschland die Preisbildung seit Verbot des Terminhandels genommen, sei für die Landwirthschaft von großem Segen; auch die Einfuhr fremden Getreides habe seitdem abgenommen. Bei den Neuwahlen würden die Bauern für die Kandidaten eintreten, die ihnen eine richtige Vertretung ihrer Interessen gewährten. Abg. Janßen (Ctr.) will gegen die Hochwassergefahr im Reikethal durchgreifende Mittel angewendet haben; um dem Arbeitermangel zu steuern, müßten die Landwirthe gute, aus dem Auslande kommende Arbeiter dauernd behalten dürfen. Abg. Klose (Ctr.) tritt dafür ein, daß die Landwirthe für an Seuchen gefallene Thiere entschädigt würden. Abg. Szmulka (Ctr.) erörtert die Schädigungen, welche die Landwirthschaft durch den Bergwerks- und Hüttenbetrieb erfahre, ohne daß Ersatz erfolge. Auf eine Anfrage des Abg. v. Kiepenhausen (kons.) erwidert der Landwirthschaftsminister Frhr. v. Hammerstein, daß die Handhabung der Bestimmungen über Rückerstattungspflicht der Grundsteuerentschädigungen nicht seinem Ressort, sondern demjenigen des Finanzministers unterstehe. Abg. Engelsmann (natlib.) bespricht die Reblausgefahr und tritt für Revision des Weingesezes ein, für welche er eine Konferenz von preussischen Sachverständigen einzuberufen empfiehlt. Geheimer Oberregierungsrath Hermes giebt auf eine Frage des Abg. v. Kiepenhausen die Auskunft, daß die landschaftlichen Pfandbriefe den Staats- und Reichspapieren seit dem 1. Juni v. J. gleichgestellt seien. Geheimer Regierungsrath Müller erklärt, daß alle Vorschläge zur Revision des Weingesezes unter Hinzuziehung von Weininteressenten geprüft werden würden. Abg. Sahn (b. L. F.) vertritt die Forderungen des Bundes der Landwirthe in Wein-, Fleisch- und anderen technischen Fragen,

sowie in der Handelspolitik. Landwirthschaftsminister Frhr. v. Hammerstein entgegnet, daß auf einen Theil der angeregten Spezialfragen bei den einschlägigen Etatspositionen und bei der in Aussicht gestellten Seucheninterpellation einzugehen sein werde, und die übrigen überhaupt anderen Ressorts zufielen. Geheimer Oberregierungsrath Küster verweist den Abg. Sahn darauf, daß bereits seit 1893 die einzuführenden Pferde untersucht würden. Abg. Leppelmann (Ctr.) stellt fest, daß die neuliche handelspolitische Erklärung des Ministers auch einstimmigen Wiederhall beim Bauernstande gefunden habe. Abg. Falkenhagen (natlib.) will den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter strenger geahndet wissen.

Beim Kapitel „Generalkommissionen“ legt auf Anregungen des Abg. v. Pappenheim (kons.) Geh. Oberregierungsrath Sachs dar, daß der gewünschten Umgestaltung der Generalkommission durch Dezentralisation und Ausgestaltung zu Landeskulturbehörden gewichtige Bedenken und Schwierigkeiten entgegenständen. Die vermehrte Zuziehung von Laien“ verbiete sich, weil häufig inkonflikte juristische Fragen zu entscheiden seien. Abg. Dünkelberg (natlib.) wünscht, daß die Spezialkommissare mehr aus technisch gebildeten Landwirthen als aus Juristen ausgewählt würden. Abg. Frhr. v. Bedlitz (freikons.) kommt auf seine vorjährigen Reformvorschläge zurück; die Nothwendigkeit einer Reorganisation der gesamten Landesverwaltung werde mit der Zeit durchdringen. Abg. v. Pappenheim (kons.) legt dar, daß zur Bewältigung der erforderlichen Arbeiten, besonders Meliorationen, die technischen Kräfte fehlen. Geh. Oberregierungsrath Sachs erwidert, daß man aus Einzelfällen, welche Schwierigkeiten böten, die Nothwendigkeit einer vollständigen Reorganisation nicht herleiten dürfe. Abg. Herold (Ctr.) empfiehlt, besondere Agrargerichte einzuführen, die alle einschlägigen Rechtsfragen zu schlichten hätten.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung der heutigen Verathung; Forst- und Domänenverwaltung.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung am 31. Januar 1898. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei. Der Berichterstatter Abg. Basserbaum (natlib.) theilt mit, daß die Regierung beantragt habe, das Gehalt des Reichskanzlers von 54 000 Mark auf 100 000 Mark zu erhöhen. Die Kommission habe dieser Erhöhung zugestimmt, weil

die Anforderungen an den Reichskanzler hinsichtlich der Repräsentation bedeutend gewachsen seien. Abg. Singer (sozdem.) erklärt, seine Partei werde gegen die Erhöhung des Gehaltes stimmen, da die Motivirung durch die erhöhte Repräsentation nicht ausreichend erscheine. Auch komme die fortdauernde Ablehnung der Gehaltsaufbesserung der unteren Beamten in Betracht. Er bitte den Präsidenten, über den Posten getrennt abstimmen zu lassen. Abg. von Kardorff (Reichsp.) führt aus, der Reichskanzler müsse doch ebenso gestellt sein wie die Botschafter. Auch ein minder vermöglicher Mann müsse Reichskanzler sein können. Fürst Bismarck habe stets aus eigenem Vermögen zugekehrt und nur mit Rücksicht auf seine Dotationen keine Erhöhung des Gehalts beantragt. Abg. Lieber (Ctr.) sagt, das Centrum werde diese Erhöhung bewilligen, da die Anforderungen an den Reichskanzler beständig gewachsen seien. Eine Vorlage über die weitere Erhöhung der Gehälter für die Unterbeamten sei in Aussicht gestellt worden. Abg. v. Massow (kons.) und Abg. Hamacher (natlib.) erklären namens ihrer Parteien, daß sie für die Erhöhung eintreten. Nach einer Bemerkung des Abg. Singer gegen die Abgg. Lieber und von Kardorff wird der Titel „Gehalt“ und hierauf der ganze übrige Etat bewilligt.

Es folgt die Fortsetzung der Verathung für das Reichsamt des Innern. Bei dem Kapitel „Kanalamt“ weist Abg. Hamacher (natlib.) darauf hin, daß die Einnahmen beim Kaiser Wilhelm-Kanal unerfreulich seien. Eine Besserung könne man nur von einem gesteigerten Verkehr erwarten. Auch der Suezkanal habe in den ersten Jahren nur geringe Einnahmen ergeben. Es müßten auswärtige Agenten angestellt werden, welche die Schiffer auf die Vortheile der Benutzung des Kanals aufmerksam machten. Abg. Mollenhuth (sozdem.) wünscht die Interessen der kleinen Schiffer beim Kaiser Wilhelm-Kanal besser berücksichtigt zu sehen, so daß kleinere Schiffer schneller durch den Kanal befördert würden. Staatsminister Graf Posadowsky erwidert, es sei nicht möglich, die kleinen Schiffe einzeln durch den Kanal zu schleppen, vielmehr müßten stets eine Anzahl kleiner Schiffe zu einem Schleppzuge vereinigt werden. Wenn man die kleinen Schiffer in ihrem Kampfe gegen die großen Gesellschaften unterstützen wolle, so müsse man ihre Fahrzeuge so billig als möglich befördern. Es müßten nicht nur die Dampfer sondern auch die Segelschiffe zur Benutzung des Kanals herangezogen werden. Im Laufe des nächsten Winters werde ein neuer Tarif vorgelegt werden, dem alle praktischen Erfahrungen zu Grunde gelegt werden sollen. Die

Einnahmen des Kanals bewegten sich schon in etwas aufsteigender Linie. Wenn sich auch nicht alle auf den Kanal gesetzten Hoffnungen erfüllen würden, so werde es in absehbarer Zeit möglich sein, die Verwaltungskosten durch die Einnahmen zu decken. Abg. Feßjen (natlib.) freut sich, daß man den Schlepplohn nicht erhöhen wolle in Rücksicht auf die kleinen Schiffe. Er empfehle bei der Neuaufstellung des Tarifs die möglichste Vereinfachung.

Bei den einmaligen Ausgaben des Etats wird zum Titel „Aus schmückung des Reichstags“ ein Antrag der Budgetkommission angenommen, nach welchem eine aus 7 Mitgliedern des Reichstags und 3 Mitgliedern des Bundesraths zusammengesetzte Kommission gewählt werden soll, welche über die Aus schmückung des Reichstagsgebäudes mit Bildwerken und Malereien, sowie sonstigen Kunstwerken Vorschläge zu machen und die Ausführung zu überwachen hat. Ferner spricht sich bei den einmaligen Ausgaben des Etats der Abg. Hermes (frei. Volksp.) für Förderung der deutschen Tiefseeforschung aus. Abg. v. Kardorff (Reichsp.) wünscht die Errichtung einer seismographischen Station in Strassburg i. E. zur Erforschung von Erdbeben. Staatsminister Graf Posadowsky hofft, den Wunsch in einem Ergänzungsetat erfüllen zu können. Hiermit ist die Verathung des Etats für das Reichsamt des Innern erledigt.

Das Haus schreitet nunmehr zum Etat für das Reichsjustizamt. Abg. Basserbaum (natlib.) geht auf die Frage der Bauhandwerker ein, berührt die Haftbarkeit der Schlosser, wenn sie ohne direkten Auftrag des Hausbesizers mehrere Schlüssel zu einem Hause anfertigen, bespricht den Befähigungsnachweis der Schiffer und erörtert die kaufmännischen Schiedsgerichte. Staatssekretär Nieberding erwidert, die Haftbarkeit der Schlosser werde bei der Revision des Strafgesetzbuches geregelt werden. Die Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte werde von der Regierung sorgfältig geprüft werden. Bezüglich des Befähigungsnachweises der Schiffer bitte er den Redner, einen Antrag zur dritten Lesung einzubringen. Weiter erklärt auf Anfrage des Abg. Rickert (frei. Ver.) der Staatssekretär, daß die Frage der Deportation von der Reichsregierung im Auge behalten werde. Es könnten auf diese Weise die Gefängnisse in angemessener Weise entlastet werden. Er habe sich deshalb schon mit der Kolonialverwaltung in Verbindung gesetzt. Die vier Gouverneure unserer Kolonien hätten sich aber ganz verneinend ausgesprochen, theils, weil dadurch die Autorität des weißen Elementes geschädigt würde, theils, weil Krankheiten unter den Gefangenen überhand nehmen würden, theils,

weil unsere Kolonien schon jetzt stark bevölkert seien, weshalb da kein Raum für Sträflinge sei. Die Kosten des Transportes, des Aufenthaltes in den Tropen und der Ueberwachung würden größer sein, als die des jetzigen Aufenthaltes in den Gefängnissen. Bei einigen Kolonien sei es zu spät, mit der Deportation zu beginnen, in anderen sei es noch zu früh. Abg. Auer (sozdem.) wünscht eine gesetzliche Regelung des Strafvollzuges. Namentlich müsse der Zustand geändert werden, daß politische Gefangene ebenso behandelt würden, wie andere Gefangene. Journalisten würden wie ganz gemeine Verbrecher behandelt. Der Redner führt einige Fälle von schlechter Behandlung politischer Gefangener an und betont, wie ganz anders demgegenüber Duellanten behandelt würden. Staatssekretär Nieberding erwidert, eine gesetzliche Regelung des Strafvollzuges sei unmöglich vor der Revision des Strafgesetzbuches. Niemand zweifle daran, daß eine einheitliche Regelung des Strafvollzuges eine notwendige Ergänzung des Strafrechtes sei. Es sei vor der Hand nicht möglich, für Redakteure besondere Strafvollzugsbestimmungen zu erlassen, da das Strafgesetzbuch derartige Bevorzugungen nicht zulasse. Die hier vorgebrachten Beschwerden fielen gewiß in die Zeit vor Erlaß der neuen Bestimmungen des Bundesrates. Die bessere Behandlung von Duellanten erkläre sich daraus, daß das Gesetz für Duellanten eine leichtere Straform, nämlich Festungshaft, festgesetzt habe.

Der sächsische Bevollmächtigte Krüger und der württembergische Bevollmächtigte v. Schicker erwidern auf einige von dem Abg. Auer vorgebrachten Beschwerden. Abg. Trimborn (Ctr.) wünscht wegen der Ueberlastung des Reichsgerichts eine stärkere Besetzung der Senate dieses Gerichts. Staatssekretär Nieberding läßt es dahingestellt sein, ob der von dem Vorredner vorgeschlagene Weg allein zu dem gewünschten Resultat führen werde, aber der Vorschlag solle in Erwägung gezogen werden.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr: Fortsetzung der heutigen Verathung.

Localnachrichten.

Thorn, 1. Februar 1898.

(Das Schlierser Bauern-Theater) gastirt gegenwärtig in Stettin. Demnächst folgen Gastspiele in Danzig, Königsberg, Bromberg (Stadttheater), Elbing etc.

(In der Schöffengerichtssitzung) am Sonnabend wurde der Schulvorsteher Kirke in Schwarzbruch wegen zweifacher Beleidigung des Lehrers K. in Ziegelwiese zu 200 Mark Strafe eventl. 40 Tagen Gefängniß kostenpflichtig verurtheilt.

(Strafkammer.) In der gestrigen Sitzung führte den Vorsitz Herr Landgerichtsdirektor Graßmann. Als Vorsitzender fungirten die Herren Landrichter Bischoff, Dr. Rosenberg, Woelfel und Gerichtsaffessor Baesler. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Staatsanwalt Petrich. Gerichtsschreiber war Herr Gerichtsssekretär Bahr. — Unter der Anklage des Vergehens gegen § 166 St.-G.-B. (Beschimpfung einer christlichen Kirche)

betrat zunächst der Lokomotivheizer Julius Methner aus Thorn die Anklagebank. Die Öffentlichkeit war während der Dauer dieser Verhandlung ausgeschlossen. Das Urtheil lautete auf Freisprechung.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde ferner gegen den Invaliden Alexander v. Bledziejewski und dessen Ehefrau Leokadia von Bledziejewski geb. Bischoff aus Culm wegen Kuppelei verhandelt. In dieser Sache erkannte der Gerichtshof gegen einen jeden der Angeklagten auf zwei Wochen Gefängniß. — Der Kuhhirt Franz Zurawski aus Kottkowo hatte sich zu verantworten, weil er seinem Dienstherrn, dem Besitzer Jakob Blum in Dombrowen, Holzstücke und eine Quantität Rübenblätter gestohlen haben sollte. Diese Verhandlung endigte mit der Freisprechung des Angeklagten. — Wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung erschienen schließlich der Arbeiter Wilhelm Schulz und der Zimmerlehrer Wilhelm Schenkel aus Neu-Stompe auf der Anklagebank. Sie waren beschuldigt, den Tischler Rudolf Ruzner aus Neu-Stompe auf der Straße angefallen und arg mißhandelt zu haben, nachdem Schulz die Vorwingsche Wohnung zu Neu-Stompe, in der er sich mit den beiden Angeklagten aufgehalten, verlassen hatte. Schulz wurde mit 10 Monaten Gefängniß, Schenkel mit einem Jahre Gefängniß bestraft. Letzterer wurde wegen Fluchtverdachts auch sofort in Haft genommen und zum Gefängniß abgeführt. — Die Straffachen gegen den Arbeiter Johann Jablonski aus Drzonowo, sowie gegen den Arbeiter Anton Okunski und die Wittve Anna Rybicki aus Mocker wegen Diebstahls wurden vertagt.

(Warum hat der Februar nur 28 Tage.) Der Februar zeigt zwei Eigenthümlichkeiten, welche auf die Einbildungskraft des Volkes Eindruck gemacht haben und die deshalb von ihr zu erklären versucht sind. Die erstere ist die, daß am Ende dieses Monats oft von neuem Kälte eintritt, die während der ersten Tage des März anhält, die andere, daß der Februar von allen Monaten der einzige ist, der nur 28 Tage hat. Die erste dieser Erscheinungen hat das Volk in fast ganz Europa durch eine Legende zu erklären versucht, nach welcher die letzten Tage des Februar auch die Namen „Tage der Alten“ (jours de la vieille) oder Vortage (jour d'emprunt) erhalten haben. Ohne auf die Einzelheiten, die in jedem Lande verschieden lauten, einzugehen, läßt sich die Legende folgendermaßen zusammenfassen: „Einer alten Frau war es gelungen, den Winter zu verbringen, ohne Noth zu leiden, und sie machte sich über den Februar lustig, weil er ihr und ihrer Herde nichts hätte anhaben können. Um sich zu rächen, ließ der Februar dem März zwei Tage, während welcher er die Alte durch Reif und Schlagregen leiden ließ, um ihr Vernunft beizubringen.“ Die in Macedonien und Rumänien bekannte Form der Legende berichtet, daß die Monate früher in folgender Ordnung aufeinander folgten: Januar, März, Februar u. s. w. Die alte Frau machte sich über den März lustig, und dieser hat, um sie zu strafen, seinen Bruder Februar, ihm zwei Tage zu leihen. Der Februar willigte ein, und kam seither vor März zu stehen, hatte aber fortan nur 28 Tage. Die neugriechische Form der Legende zeigt denselben Zug. Zweimal

leibt der März je einen Tag vom Februar, in dem Wunsch, sich zu rächen, und der Februar ist seither um dieselben verkürzt. Eine normannische Legende sucht das Faktum auf eine andere Weise zu erklären. Der Februar war ein toller Spieler. Obwohl er unaufhörlich verlor, mißchte er immer wieder die Dominosteine zu neuem Spiele. Eines Tages, als er bereits alles verloren hatte, begann er mit seinen Kameraden Januar und März eine letzte Parthie. Dieselben gewannen die Parthie, und der Februar trat dafür jedem von ihnen einen Tag ab. Daher haben Januar und März 31 Tage, während der Februar nur 28 Tage hat.

Verantwortlich für die Redaktion: Heinr. Wartmann in Thorn.

| Ventralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern | 31. Januar 1898. | | Für inländisches Getreide ist in Markt per Tonne gezählt worden: | |
|---|------------------|---------------|--|---------------|
| | Hafer | Gerste | Roggen | Weizen |
| Stolz | 130-142 | 128-140 | 128-137 | 125-190 |
| Meuselwitz | 130-132 | 136 | 126-130 | 180-183 |
| Brieg | 132-135 | 136-146 | 122-136 | 176-180 |
| Waldau | 130-140 | 130-145 | 130-140 | 186-195 |
| Elbing | 136 | 132-146 | 122-134 | 175-180 |
| Thorn | 132-145 | 138-140 | 135-140 | 189 |
| Culm | 139 | 158 | 149 | 189 |
| Breslau | 139 | 138 | 130-140 | 189 |
| Bromberg | 139 | 138 | 130-140 | 189 |
| Knorow | 139 | 138 | 130-140 | 189 |
| Garnikau | 139 | 138 | 130-140 | 189 |
| nach Briv.-Erm. | 755 gr. p. l. | 712 gr. p. l. | 712 gr. p. l. | 755 gr. p. l. |
| Berlin | 194 1/2 | 148 1/2 | 148 1/2 | 194 1/2 |
| Stettin | 180-185 | 136 3/8 | 136 3/8 | 180-185 |
| Köpen. | 164-187 | 125-144 | 125-144 | 164-187 |

Amliche Notirungen der Danziger Produkten-Börse

von Montag den 31. Januar 1898.
Für Getreide, Hülsenfrüchte und Delisaaten werden außer den notirten Preisen 2 Mark per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.
Weizen per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. hochbunt und weiß 708-772 Gr. 168-191 Mk. bez., inländ. bunt 700-740 Gr. 160-180 Mk. bez., inländ. roth 742-750 Gr. 180-183 Mk. bez., transito roth 703 Gr. 139 Mk. bez.
Roggen per Tonne von 1000 Kilogr. per 714 Gr. Normalgewicht inländ. grobkörnig 691 bis 744 Gr. 126-132 Mk. bez.
Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. große 644-668 Gr. 138-140 Mk. bez., transito große 615-659 Gr. 92-100 Mk. bez., transito kleine ohne Gewicht 81 Mk. bez.
Bohnen per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 121 Mk. bez.
Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 117 Mk. bez.
Kleejaat per 100 Kilogr. weiß 32-75 Mk., roth 68-75 Mk.

Meie per 50 Kilogr. Weizen= 3,90-4,05 Mk. bez., Roggen= 4,07 1/2 -4,20 Mk. bez.
Kohlsucker per 50 Kilogr. inkl. Sack. Tendenz: ruhig. Rendement 88° Transittpreis franko Neufahrwasser 8,80 Mk. Gd.

Königsberg, 31. Januar. (Spiritusbericht.) Pro 10000 Liter pCt. Zufuhr 35000 Liter, gekündigt 10000 Liter. Loko 70 er nicht kontingentirt 40,00 Mk. Br., 39,50 Mk. Gd., 39,70 Mk. bez., Januar nicht kontingentirt 40,00 Mk. Br., 38,20 Mk. Gd., — Mk. bez.

Thorner Marktpreise

vom Dienstag, 1. Februar.

| Benennung | niedr. höchst. Preis. | niedr. höchst. Preis. | |
|---------------------------|-------------------------|-------------------------|-------|
| | | „ | „ |
| Weizen | 100 Kilo | 15 00 | 17 50 |
| Roggen | 100 Kilo | 12 00 | 13 50 |
| Gerste | 100 Kilo | 12 50 | 14 00 |
| Hafer | 100 Kilo | 13 00 | 14 00 |
| Stroh (Nicht-) | 100 Kilo | 4 00 | — |
| Senf | 100 Kilo | 4 00 | 4 50 |
| Erbsen | 100 Kilo | 14 00 | 16 00 |
| Kartoffeln | 50 Kilo | 1 50 | 1 60 |
| Weizenmehl | 100 Kilo | 9 60 | 17 40 |
| Roggenmehl | 100 Kilo | 8 20 | 12 00 |
| Brot | 2 1/2 Kilo | — | — |
| Rindfleisch von der Keule | 1 Kilo | 1 00 | — |
| Bauchfleisch | 1 Kilo | — | 90 |
| Kalbsteck | 1 Kilo | — | 80 |
| Schweinefleisch | 1 Kilo | — | 1 40 |
| Geräucherter Speck | 1 Kilo | — | 1 40 |
| Schmalz | 1 Kilo | — | — |
| Sammelfleisch | 1 Kilo | — | 1 00 |
| Erdbeeren | 1 Kilo | — | 1 40 |
| Eier | Schock | 2 60 | 3 60 |
| Preise | 1 Kilo | — | — |
| Alte | 1 Kilo | — | — |
| Bresen | 1 Kilo | — | — |
| Schleie | 1 Kilo | — | 1 00 |
| Rechte | 1 Kilo | — | 80 |
| Karasschen | 1 Kilo | — | — |
| Barsche | 1 Kilo | — | 60 |
| Zander | 1 Kilo | — | 1 20 |
| Karpfen | 1 Kilo | — | 1 60 |
| Barbinen | 1 Kilo | — | — |
| Weißfische | 1 Kilo | — | 30 |
| Milch | 1 Liter | — | 12 |
| Petroleum | 1 Liter | — | 18 |
| Spiritus | 1 Liter | — | 20 |

(denat.)
Der Wochenmarkt war mit Fischen, Fleisch, Geflügel, sowie allen Zufuhren von Landprodukten mittelmäßig besetzt.

Es kosteten: Wirsingkohl 10-25 Pf. pro Kopf, Weißkohl 5-20 Pf. pro Kopf, Rothkohl 10-15 Pf. pro Kopf, Spinat 20 Pf. pro Bfd., Apfel 25-35 Pf. pro Bfd., Birnen 40 Pf. pro Bfd., Zitronen 5-10 Pf. pro Stück, Apfelsinen 5-10 Pf. pro Stück, Buten 5,00-6,00 Mk. pro Stück, Hühner, alte 1,80-2,00 Mk. pro Stück, Hühner, junge 1,90 Mk. pro Paar, Tauben 75 Pf. pro Paar, Hasen 2,75 Mk. pro Stück, Maränen 30-40 Pf. pro Bfd.